LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

16. Wahlperiode

02.07.2012

Neudruck
(<u>Die Endzeiten sind neben jedem TOP vermerkt</u>)
Änderungen sind kenntlich gemacht

Tagesordnung

der 5. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am Mittwoch, 4. Juli 2012 vormittags: 10.00 Uhr

Mittwoch, 4. Juli 2012

1. Verlässliche Rahmenbedingungen für den Chemiestandort NRW schaffen – Landesregierung darf CO-Pipeline nicht weiter behindern

Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/129

11.35 Uhr

 Zusammen lernen - zusammenwachsen Eckpunkte für den Weg zur inklusiven Schule in NRW

> Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Drucksache 16/118

Beratungsverfahren

Block II

direkte Abstimmung

12.45 Uhr

3. Bekenntnis zur Jugendbeteiligung mit Leben füllen - Verantwortung des Landes wahrnehmen

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/44

Beratungsverfahren

Block I

Überweisung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend; die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen.

13.15 Uhr

4. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern in Nordrhein-Westfalen (Nichtraucherschutzgesetz NRW - NiSchG NRW)

> Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/125

1. Lesung

Beratungsverfahren

Block II

Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

<u>14.25 Uhr</u>

5. Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/120

1. Lesung

Beratungsverfahren

Block I

Überweisung an den Ausschuss für Kommunalpolitik

14.55 Uhr

6. Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristung in § 29 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen - VSG NRW)

> Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/41

Beschlussempfehlung des Hauptausschusses Drucksache 16/130

2. Lesung

Beratungsverfahren

ohne Debatte

7. Abkommen über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG-Abkommen) Beratungsverfahren

ohne Debatte

Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung Drucksache 16/18

Beschlussempfehlung des Hauptausschusses Drucksache 16/131

 Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)

> Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung Drucksache 16/19

Beschlussempfehlung des Hauptausschusses Drucksache 16/132

9. Wiedereinsetzung der Enquete-Kommission "Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in NRW"

> Antrag der Fraktion der SPD der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/123

Beratungsverfahren

ohne Debatte

Beratungsverfahren

ohne Debatte

direkte Abstimmung

- Verfassungsbeschwerde des Bundes für Geistesfreiheit München gegen
 - a) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Dezember 2009 - BVerwG 6 B 35.09 -,
 - b) das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 7. April 2009 10 BV 08.1494 -.
 - c) das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichts München vom 12. März 2008 M 18 K 07.2274 -,
 - d) den Widerspruchsbescheid der Regierung von Oberbayern vom 23. Mai 2007 - 10-2172-2-07 -,
 - e) den Bescheid der Landeshauptstadt München vom 3. April 2007 KVR-I/321AG2 -

1 BvR 458/10 Vorlage 16/8

Beschlussempfehlung des Hauptausschusses Drucksache 16/61

11. Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Ahaus sowie weiterer 13 Städte und Gemeinden, § 8 Abs. 3 und 5 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2011 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 - GFG 2011) vom 18. Mai 2011 (GV. NRW. S. 259 ff.) verletzten die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung

VerfGH 9/12 Vorlage 16/9

Beschlussempfehlung des Hauptausschusses Drucksache 16/62

Beratungsverfahren

ohne Debatte

Beratungsverfahren

ohne Debatte

12. Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Gemeinde Alpen sowie weiterer 45 Städte und Gemeinden, das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2011 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 - GFG 2011) vom 18. Mai 2011 (GV. NRW. S. 259 ff.) verletze die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung

Beratungsverfahren

ohne Debatte

VerfGH 14/11 Vorlage 16/17

Beschlussempfehlung des Hauptausschusses Drucksache 16/63

13. Benennung eines stellvertretenden Mitglieds für den Ausschuss der Regionen der Europäischen Union

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Drucksache 16/124

Beratungsverfahren

ohne Debatte

14. Benennung eines ordentlichen Mitglieds für den Kongress der Gemeinden und Regionen der Europäischen Union

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Drucksache 16/151

Beratungsverfahren

ohne Debatte

15. Beschlüsse zu Petitionen

Beratungsverfahren

Übersicht 16/1

ohne Debatte

Ende: 14.55 Uhr

Carina Gödecke - Präsidentin -

Die Empfehlungen des Ältestenrats (Redezeiten und Überweisungen) sind neben jedem Tagesordnungspunkt vermerkt.